



ES GEHT WEITER VORAN: ZUSAMMEN SCHAFFEN WIR DAS MODERNE HAMBURG

von Andreas Dressel

Knapp anderthalb Jahre ist es nun her, dass uns die Hamburgerinnen und Hamburger bei der Bürgerschaftswahl erneut mit großer Mehrheit ihr Vertrauen gegeben haben. Eine gute Gelegenheit für eine erste Zwischenbilanz unserer Regierungsarbeit. Wie schon 2011, so haben wir auch diesmal als Fraktions-Team mit zahlreichen neuen Gesichtern schnell zusammengefunden. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit unserem Koalitionspartner. Die bislang rund 130 gemeinsam eingebrachten Bürgerschaftsanträge belegen das eindrucksvoll. Grundlage für unsere Zusammenarbeit mit den Grünen ist der Koalitionsvertrag, unser Arbeitsprogramm für diese Legislaturperiode. Unter dem Motto ‚Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg!‘ setzen wir den klaren Wählerauftrag, den diese Koalition hat, in praktische Politik um, Punkt für Punkt, Schritt für Schritt. Keine Wolkenkuckucksheime, sondern machbare Visionen für das Hamburg von morgen - das war und bleibt auch in dieser Legislatur unser Kompass. Und genau das ist auch der rot-grüne Faden durch den Koalitionsvertrag: Nicht folgenlose Prüfaufträge, sondern messbare Fortschritte in vielen, vielen Bereichen, die für das Leben der Hamburgerinnen und Hamburger von Bedeutung sind.

Das alles dominierende Thema in dieser Legislaturperiode war bislang selbstverständlich die Flüchtlingssituation, die dabei zu bewältigenden Herausforderungen sind nach wie vor enorm. Damit Integration gelingt, braucht es mehr als nur ein vernünftiges Dach über dem Kopf - die verschiedensten Handlungsfelder sind gefragt und es braucht das gerade hier bei uns in Hamburg so beeindruckende Engagement der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Deshalb haben wir wichtige Weichenstellungen zum Beispiel für die Bereiche Bildung und Ausbildung vorgenommen und mit dafür gesorgt, die Arbeit der vielen Freiwilligen zu unterstützen. Mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen wird darüber hinaus ein bedarfsgerechter Ausbau bei Kitas, Schulen sowie Offener Kinder- und Jugendarbeit genauso im

Fokus stehen wie zum Beispiel die Themen Sicherheit oder Gesundheitsversorgung. Und natürlich werden wir alle sich ergebenden Spielräume nutzen und im engen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort weiter dafür arbeiten, stadtverträgliche Lösungen im Sinne guter Integration zu finden. Das ist und bleibt für uns eine ganz zentrale Aufgabe.

Neben den großen Aufgaben im Bereich der Flüchtlingshilfe haben wir in den letzten Monaten natürlich auch viele andere Vorhaben weiter erfolgreich vorangetrieben, so etwa den Ausbau und die Modernisierung des ÖPNV, die vielerorts noch notwendige Sanierung von Straßen und Brücken, und nicht zu vergessen natürlich den Wohnungsbau. Allein im letzten Jahr wurden über 8.500 neue Wohnungen fertiggestellt, gegenüber 2014 mit rund 6.900 Neubauten noch einmal eine Steigerung um über 20 Prozent. Ein wesentlicher Erfolgsgarant dafür ist das seit 2011 bestehende Bündnis für das Wohnen, das gerade erst verlängert wurde. Es ist der Schulterschluss für bezahlbares Wohnen in Hamburg.

Nicht nur bei den großen Aufgaben rund um das Thema Zuwanderung, sondern auch für viele weitere Projekte kommt uns zugute, dass unsere kluge Finanzpolitik der letzten Jahre Früchte trägt: Hamburgs gute konjunkturelle Lage und die hohe Wirtschafts- und Finanzkraft geben uns die Möglichkeit, stärker in die Infrastruktur zu investieren, die Stadt noch moderner aufzustellen und finanzielle Mehrbedarfe zu schultern, ohne dafür neue Schulden machen zu müssen. Ein kluger und verantwortungsbewusster Umgang mit Hamburgs Finanzen bleibt für uns auch in dieser Legislatur die zentrale Richtschnur.

Und noch etwas setzen wir in dieser Wahlperiode fort: So wie in den vergangenen Jahren werde ich zusammen mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen aus Bürgerschaft und Bezirken auch dieses Jahr die parlamentarische Sommerpause wieder dazu nutzen, in allen 17 Wahlkreisen un-

terwegs zu sein, um zu erfahren, was die Menschen bewegt. Der genaue Terminplan wird derzeit erstellt, aber ich bin mir sicher, dass wir nach der Sommertour wieder viele politische Anregungen mit ins Rathaus nehmen können.

Nach rund anderthalb Jahren kann man ganz klar feststellen, dass wir weiter auf dem richtigen Kurs sind, das wissen die Hamburgerinnen und Hamburger erkennbar zu schätzen, wie eine NDR-Umfrage aus dem Frühjahr mit Zustimmungswerten von über 60 Prozent eindrucksvoll bestätigt hat.



Gut aufgestellt: Die SPD-Fraktion im Hamburger Rathaus

OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH

- 28. Juni 2016, 19:30 Uhr in der Stadteilschule Bergstedt, Volksdorfer Damm 218
- 05. Juli 2016, 19:30 Uhr im Langenhorner Lichtspielhaus, Tangstedter Landstr. 221a



Liebe Genossinnen und Genossen,

8.521 ist eine Zahl, auf die wir mit Recht stolz sein können. Diese Zahl markiert den Stand der Wohnungsbau fertigstellungen im Jahr 2015 und ist der höchste seit fast zwei Jahrzehnten – eine Erfolgsgeschichte, deren Verwirklichung uns zu Beginn des Jahres 2011 kaum jemand zugetraut hat. Und es ist gut, dass wir uns rechtzeitig auf den Weg gemacht haben, den Wohnungsbau in Hamburg wieder anzuschieben.

Denn Hamburg wächst. Bis 2030 rechnen wir mit 1,9, vielleicht auch zwei Millionen Einwohnern, wobei der Zuzug von Geflüchteten nicht berücksichtigt ist. Um dem dadurch erhöhten Bedarf an Wohnraum weiter gerecht zu werden, müssen wir auch in Zukunft mit allen Beteiligten eng zusammenarbeiten – und das tun wir. Mit dem neu aufgelegten „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ haben wir die Zielzahl von durchschnittlich mindestens 10.000 Wohnungsbaugenehmigungen pro Jahr gesetzt. Erreichen werden wir diese Zahlen mit Verdichtung von Wohnraum in der inneren Stadt und der Erschließung von neuen Wohnquartieren in den äußeren Stadtteilen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Bürgerinnen und Bürger mit durchschnittlichem oder geringem Einkommen kaum noch eine Chance auf eine bezahlbare Wohnung in den zentrumsnahen Stadtteilen haben, so wie es in anderen Städten bereits der Fall ist. Darum bauen wir zukünftig 3000 Sozialwohnungen pro Jahr und werden alles daran setzen, dass die Rahmenbedingungen in Hamburg es ermöglichen, die Baukosten zu senken. Auf lange Sicht führen solche Maßnahmen zu dem dringend benötigten größeren Angebot im mittleren Preisbereich.

Wenn wir diesen Weg konsequent weiter fortsetzen, schaffen wir es, dass Hamburg attraktiv bleibt, weil jeder bei uns seinen Platz finden kann. Einen Platz zum Leben, zum Arbeiten und zum Wohnen.

Euer

Olaf Scholz

UNSER BLOG „NEUE NACHBARN“ DER INTEGRATIONSBLOG FÜR HAMBURG

von Merlin Berge



In den letzten Monaten sind viele Menschen zu uns gekommen, die sich nicht freiwillig auf den Weg gemacht haben, sondern vor Krieg und Vertreibung fliehen mussten. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben sie mit offenen Armen empfangen.

Hamburg hat bewiesen, dass der Titel „Tor zur Welt“ nicht nur eine Floskel ist, sondern eine Lebenseinstellung. Hunderte Ehrenamtliche haben, entgegen der Unkenrufe, sich nicht nur in den ersten Wochen engagiert, sondern sind nach wie vor eine Stütze in der Flüchtlingshilfe und leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration. Doch nicht nur die Ehrenamtlichen sind mit Herzblut dabei. Auch Politik und Verwaltung arbeitet auf Hochtouren, um die Unterkunftsmöglichkeiten stetig auszubauen und die Bedingungen für Integration zu verbessern. Keine leichte Aufgabe.

Oft konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass die Kritiker und Pessimisten stärker in der Berichterstattung vertreten waren, als all die Menschen, die aktiv zu ei-

nem guten Gelingen beitragen. Das wollen wir mit unserem Blog „Neue Nachbarn“, einer Seite im Internet, ändern. Dort soll das Thema Integration ernsthaft, aber mit einer produktiven Grundstimmung beleuchtet werden. Wir nehmen die Sorgen der vielen Bürgerinnen und Bürger ernst, dürfen uns jedoch unseren Optimismus nicht nehmen lassen und müssen konstruktive Lösungen aufzeigen.

Es gibt so viele ermutigende und anpackende Geschichten, die erzählt werden wollen. Unsere Autorinnen und Autoren berichten über Vorzeigeprojekte, Vorbilder und Verständigung, die sie auf dem Blog „Neue Nachbarn“ mit euch teilen wollen. Bilata Suleimann erzählt beispielsweise ihre eigene Fluchtgeschichte. 1996 floh sie mit ihren Eltern und Geschwistern aus Syrien. Sie schreibt von den anfänglichen Schwierigkeiten in der Schule und der dann folgenden Faszination für die deutsche Sprache. Ihre Geschichte steht stellvertretend für so viele Menschen, die einen Neuanfang in Deutschland wagen mussten und Chancen genutzt haben.

Heute hat sie ein Studium erfolgreich abgeschlossen, arbeitet als Sozialarbeiterin und engagiert sich in der SPD.

Eine weitere Geschichte ist die von Eckart Albrecht, der sich von der Berichterstattung über unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge nicht verzagen ließ, sondern Verantwortung übernahm. Seit kurzem ist er ehrenamtlicher Vormund für Jamal aus Afghanistan.

Ebenfalls spannend zu lesen ist der Beitrag von Henning Reh. Er schreibt über den Riss, der bei so vielen durch den Bekanntenkreis geht, wenn über die Flüchtlinge gesprochen wird.

All diese Geschichten sind es, die Mut machen und sich wie selbstverständlich zum Blog „Neuen Nachbarn“ zusammenfügen. Anfang Juni ist er unter der Adresse www.NeueNachbarn.hamburg online gegangen. Wir freuen uns auf viele Leser und Diskutierende, aber auch neue Autoren und Autorinnen.

Berlin direkt

„GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT“ KOMMT!

von Niels Annen, MdB

Nach monatelangem Ringen mit der CDU/CSU-Fraktion hat sich der Kampf für gerecht entlohnte Arbeit endlich ausgezahlt: Das Kabinett hat am 1. Juni 2016 neue Regelungen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beschlossen. Unsere Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles konnte dank ihrer Standhaftigkeit die langwährende Blockade der CDU/CSU durchbrechen und einen weiteren Schritt in Richtung größerer Lohngerechtigkeit in unserem Land vollziehen.

Auf das Ergebnis können wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz sein: Nach dem Rentenpaket, dem Mindestlohn und dem Gesetz zur Tarifeinheit ist dies bereits der vierte große sozial- und arbeitsmarktpolitische Erfolg der SPD in der Großen Koalition, der die Entstehung guter und sicherer Arbeitsplätze fördern wird. Rund eine Million Leiharbeiterinnen und -Arbeitnehmer werden von diesen Regelungen profitieren. Mit dem Gesetz sollen ihre Rechte nun zum ersten Mal verbrieft und einklagbar werden.

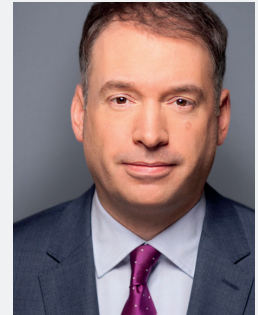
Die Signalwirkung dieses Gesetzentwurfs ist stark: Die Koalition setzt ein klares Zeichen gegen den Abbau regulärer Beschäftigung und für mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen und der damit verbundenen

Absenkung von Arbeitsstandards wird nun endlich ein Riegel vorgeschoben. Stamma Arbeitsplätze sollen fortan nicht mehr durch den missbräuchlichen Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen gefährdet werden. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ soll endlich branchenweit gelten.

Die wichtigsten Regelungen des Gesetzentwurfs im Detail:

- Leiharbeiterinnen und -Arbeitnehmer dürfen nur noch maximal 18 Monate in einem Entleihbetrieb arbeiten. Bei Überschreitung dieser Grenze muss eine Einstellung erfolgen. Tarifpartner können sich aber durch einen Tarifvertrag auf eine längere Überlassung einigen.
- Nach 9 Monaten sollen Leiharbeiterinnen und -Arbeitnehmer den Anspruch auf die gleiche Bezahlung wie die Stammbesetzung erhalten. Abweichungen sind nur möglich, wenn zuvor Branchenzuschlagstarife zwischen den Tarifparteien in der Zeitarbeitsbranche vereinbart wurden.
- Leiharbeiterinnen und -Arbeitnehmer dürfen nicht als Streikbrecher eingesetzt werden.
- Arbeitgebern wird die Möglichkeit entzogen, vermeintliche Werkverträge nachträglich als Leiharbeit „umzudeklarieren“.

Mit großem Engagement setzt sich die SPD für gute Arbeit und mehr Gerechtigkeit in unserem Land ein. Wir sorgen dafür, dass die Rahmenbedingungen für gute Arbeit den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt angepasst werden



und möglichst viele Bürgerinnen und Bürger von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland profitieren. Diese Bemühungen tragen Früchte und werden auch für Hamburgerinnen und Hamburger merkliche Verbesserungen mit sich bringen. Der Gesetzentwurf durchläuft nun das parlamentarische Verfahren im Bundestag und Bundesrat. Das Gesetz könnte dann bereits am 1. Januar 2017 in Kraft treten. Dies ist ein erster wichtiger Schritt: Es bedarf aber weiterer Anstrengungen zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen in den nächsten Jahren.

TERMINE

Montag, 27. Juni 2016

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier kommt auf Einladung von Niels Annen zu einer gemeinsamen Veranstaltung nach Hamburg.

Wer an dieser Veranstaltung teilnehmen möchte, kann sich dafür im Wahlkreisbüro von Niels Annen anmelden unter: niels.annen.ma02@bundestag.de oder 41449911.
Zeit: 19.30 Uhr
Ort: Theatersaal des Rudolf-Steiner-Hauses Mittelweg 11

Dienstag, 28. Juni

Olaf Scholz im Gespräch in Wandsbek

Zeit: 19.30 Uhr
Ort: Stadtteilschule Bergstedt, Volksdorfer Damm 218

Donnerstag, 30. Juni

FES Hamburg

Kinder klüger machen - Neue Anforderungen an Kitas und ihr Personal
U.a. mit **Dr. Melanie Leonhard**, Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, pme Familienservice Akademie
Anmeldung unter: hamburg@fes.de; Telefon 040-325874-22.
Zeit: 19.00 – 21.00 Uhr
Ort: Shanghaiallee 19, 20457 Hamburg

Dienstag, 05. Juli 2016

Olaf Scholz im Gespräch in Hamburg - Nord

Zeit: 19.30 Uhr
Ort: Langenhorner Lichtspielhaus Tangstedter Landstr. 221a

Freitag, 8. Juli 2016

FES Hamburg, POLITIK AM MITTAG

Endlich Frieden im Südsudan?
Anmeldung unter: hamburg@fes.de;
Telefon 040-325874-22.
Zeit: 12.30 Uhr - 14.00 Uhr
Ort: St. Petri Haus (Gemeindesaal) Bei der Petrikirche 3, 20095 Hamburg

Sonntag, 10. Juli 2016

Traditioneller Flohmarkt der SPD Flottbek-Othmarschen

Mehr Informationen unter: spd-flottbek-othmarschen.de;
Tel: 04018123253
Zeit: 9.00-15.00 Uhr
Ort: Flottbeker Wochenmarkt

Sonnabend, 16. Juli - Sonntag, 17. Juli

Stadtteilfest - ALTONALE.

Die Altonaer SPD ist natürlich auch wieder dabei - und zwar mit dem SPD-Mobil am Spritzenplatz und unseren Abgeordneten vor Ort. Wir freuen uns auf Euren/Ihren Besuch!
Zeit: 8.00 - 17.00 Uhr
Ort: Spritzenplatz

Mehr Termine und weitere Infos zu unseren Veranstaltungen findet ihr auf unserer Homepage unter www.spd-hamburg.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation, Hamburg

V.i.S.d.P.
Tim O. Petschulat

Redaktion:
Lars Balcke, Fabio Cecere, Roland Triankowski

Satz und Gestaltung:
kreativspitze / Katrin Rötterink

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
5. August 2016

Anschrift:
Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Europa aktuell

REFERENDUM ZUM VERBLEIB DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS IN DER EU:

BREXIT WÄRE EINE LOSE-LOSE SITUATION

von Knut Fleckenstein, MdEP

Der 23. Juni ist einer der spannendsten Momente in der europäischen Geschichte. Brexit oder Brein – Austritt oder Verbleib. Wie werden sich die Briten entscheiden?

In Sachen Brexit üben sich alle führenden europäischen Politiker zurzeit in starker Zurückhaltung. Und das ist gut so. Es ist eine britische Entscheidung und jeglicher Einfluss würde die Debatte eher im negativen Sinne befeuern, wie der Besuch von US-Präsident Barack Obama gezeigt hat. Der Vertrag von Lissabon, der 2009 in Kraft trat, enthält erstmals eine Austrittsklausel. Großbritannien könnte nun das erste Land sein, das Gebrauch von dieser Option macht.

David Cameron hatte leichtfertig das Referendum über Großbritanniens Verbleib in der EU in 2015 zu einem Wahlversprechen gemacht. Sollte es zum Brexit kommen, wird der Austrittsprozess durch eine Mitteilung an den Europäischen Rat eingeleitet. Zwei Jahre Zeit haben die EU und Großbritannien dann, um ein Abkommen auszuhandeln, wie die bilaterale Zukunft gestaltet werden soll. Danach endet die Mitgliedschaft automatisch. Anders als beim Eintritt in die EU ist beim Austritt keine Zustimmung der Mitgliedsstaaten erforderlich. Mit dem Austritt gilt das

EU-Recht in Großbritannien nicht mehr. Allerdings bleiben nationale Rechtsakte, die zur Umsetzung des EU-Recht angenommen wurden, so lange gültig, bis neue Rechtsvorschriften von nationalen Behörden erlassen worden sind.

Es wird für Großbritannien ein schwieriger Balanceakt, denn eine vollständige Abschottung gegenüber dem gültigen EU-Recht wird fast unmöglich, wenn es auch in der Zukunft noch Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU geben soll.

Ich wünsche mir, dass es so weit nicht kommt, denn an sich geht es dem Vereinigten Königreich in der EU nicht schlecht: Großbritannien hatte seit jeher einen Sonderstatus. Nach dem erfolgreichen und recht späten Beitritt zur EG 1973, handelte schon Margret Thatcher 1979 einen Britenrabatt aus. Sie konnte eine Reduzierung des Nettobeitrags zum EG-Haushalt erwirken. Im Laufe der Mitgliedschaft sind weitere Ausnahmeregelungen hinzugekommen. Großbritannien ist zum Beispiel weder Teil des Schengen-Raums noch der Eurozone, die gemeinsame Asylpolitik tragen die Briten nicht mit und damit sind sie auch bei der umstrittenen Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU außen vor. Zuletzt hat David Cameron erwirkt,



dass Großbritannien an einer Verteilung der EU nicht mitmachen muss.

Das Argument der Brexit-Befürworter „die Briten leben in einer EU-Diktatur“ ist daher weit hergeholt. Der Wunsch nach Autonomie wird sich auch nach einem Austritt nicht rundum erfüllen können. Denn wollen die Briten sich im Anschluss doch wieder dem Binnenmarkt anschließen, dann werden sie feststellen, dass es einen entscheidenden Unterschied gibt: Sie bestimmen dessen Regeln nicht mehr mit.

Mein Wunsch ist es auch weiterhin mit den Briten zu diskutieren: Für ein friedliches und starkes Europa. Davon profitieren wir alle. Aber eines muss doch klar sein: Kommt der Austritt aus der EU, dann werden die Briten mit den Folgen leben müssen. Eine „Mitgliedschaft“ à la carte wird es nicht geben. No heißt no!



WIR TRAUERN UM

Rosamunde Pietsch

geb. 2. Februar 1915 | gest. 18. Mai 2016

Die Hamburger SPD trauert um Rosamunde Pietsch, eine der ersten Polizistinnen nach 1945 und Mitglied der SPD seit 1946. Beispielhaft war ihr Werdegang innerhalb der Hamburger Polizei. So schaffte sie es 1953 als einzige Frau unter 40 Männern, sich als Kommissarin zu qualifizieren. Bis heute ist Rosamunde Pietsch der Hamburger Sozialdemokratie und der Hamburger Polizei als herausragende Persönlichkeit in besonderer Erinnerung. Wir verlieren mit ihr eine engagierte Streiterin für das Gemeinwohl und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen.

Für die SPD Hamburg
Olaf Scholz
Landesvorsitzender